

Lobbyismus und Sponsoring der Tabakindustrie war Thema auf der Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit und Soziales von Bündnis 90/Die Grünen

Seit über drei Jahrzehnten produziert der Tabakriese Philip Morris in Berlin-Neukölln Zigaretten, inzwischen sind es über 60 Milliarden jährlich. Wenig thematisiert wurde bisher das so genannte soziale Engagement des Konzerns im Bezirk. Über das Ausmaß dieses Engagements, über Beziehungen des Konzerns zu Amtsträgern in Bezirk und Stadt und über die Unverträglichkeit dieser Beziehungen mit dem Gesetz zum Tabakrahmenübereinkommen informierten Vertreter von Forum Rauchfrei und Nichtraucherbund Berlin-Brandenburg auf der Sitzung der Landesarbeitsgruppe Gesundheit und Soziales von Bündnis 90/Die Grünen am 21. November.

Beitrag

Drei große Standorte der Zigarettenproduktion existieren in Deutschland: Berlin-Neukölln, Bayreuth und Trier. An allen Standorten lässt sich beobachten, wie die Konzerne sich durch Partnerschaften mit öffentlichen Einrichtungen, Beziehungen zu Politikern und Spenden an diesen Standorten verankern. Oft werden Abhängigkeiten sozialer und kultureller Projekte von Geldern der Tabakindustrie geschaffen. Diese Projekte dienen dann der Tabakindustrie dazu, sich als „verantwortlicher Partner“ der Gesellschaft darzustellen.

Noch problematischer ist allerdings, dass auch Amtsträger wie Bürgermeister oder Stadträte sich an dieser Kampagne beteiligen. In Berlin, das während der Diskussion im Zentrum des Interesses stand, war dies zuletzt geschehen, als sich der Neuköllner Gesundheitsstadtrat und der Staatssekretär für Integration an einer Spendenaktion der Firma Philip Morris beteiligt hatten. Auch die Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen eröffnete Philip Morris in einer Presseerklärung die Möglichkeit zur Selbstdarstellung. Das Bewusstsein, dass die Tabakindustrie ihr sogenanntes soziales Engagement benutzt, um von der Tödlichkeit ihres Produktes abzulenken und sich in einem positiven Licht darzustellen, scheint hier völlig zu fehlen.

In noch stärkerem Maße zeigt sich dieses mangelnde Problembewusstsein an den Orten, an denen die Tabakindustrie den größten privaten Arbeitgeber darstellt, nämlich in Bayreuth und Trier. So ist in Bayreuth die Oberbürgermeisterin nicht nur qua Amt Vorstandsvorsitzende einer Stiftung der British American Tobacco und über das Zukunftsforum auch mit der Stiftung für Zukunftsfragen des Zigarettenproduzenten verbunden, sondern sie öffnet für die Firma auch das Rathaus für eine Pressekonferenz, auf der sie BAT ausdrücklich lobt und dem Konzern ihre Unterstützung ausdrücklich zusichert. Ein ähnliches Bild zeigt sich in Trier. Auch hier findet die Politik nur lobende Worte für Japan Tobacco International, selbst Ministerpräsident Kurt Beck freute sich, dass das Werk in Trier zu einem der modernsten Produktionsstandorte ausgebaut werden konnte. Eine kritische Bewertung des Produktes, das von Trier aus in die ganze Welt exportiert wird, nahm Beck nicht vor.

Das Forum Rauchfrei hofft, dass durch die Teilnahme an der Sitzung der LAG Gesundheit und Soziales das Thema der Verflechtung von Politik und Tabakindustrie und die Einhaltung des Gesetzes zu dem Tabakrahmenübereinkommen endlich stärker in die Öffentlichkeit getragen und diskutiert werden. Gerade weil die Tabakindustrie auch Projekte unterstützt, die wichtig und sinnvoll sind, darf niemand vor einer solchen Diskussion zurückscheuen.